

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	17. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	24. November 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

**Punkt 19 der Tagesordnung: Einrichtung eines Karlsruher Klimaschutzbeirats
Vorlage: 2015/0351**

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet - nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss - die Einrichtung eines Karlsruher Klimaschutzbeirats.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte vorzunehmen. Vor der Organisation eines Auftakttermins wird die vorgesehene Beiratsbesetzung mit externen Institutionen im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss:

Da hatten wir im Ältestenrat schon darüber geredet, dass es auch möglich sein wird, dass auch von den Fraktionen interessierte Fachleute als Vertreter entsandt werden können. Das diskutieren Sie aber bitte noch einmal. Die Einrichtung steht auch noch nicht unmittelbar bevor, so dass wir das noch entsprechend vertiefen können. Es gibt doch noch Wortmeldungen. - Herr Stadtrat Döring.

Stadtrat Döring (CDU): Wie auch schon in den Ausschüssen zuvor hat die CDU mit diesem Klimaschutzbeirat ein geringes Problem. Wir persönlich stehen zum Klimaschutz und auch dafür, dass die Stadt Karlsruhe sehr viel Geld für den Klimaschutz ausgibt. Wofür wir aber nicht stehen, ist, ein weiteres bürokratisches Monstrum zu bilden, ein weiteres Gremium in Zeiten von Haushaltskonsolidierung und der Überarbeitung von Ratsarbeit in unserem Bereich. Das ist etwas, was wir grundsätzlich nicht mittragen können. Die Vorlage sieht auch deutlich vor, dass keine weiteren Kosten entstehen. Das mag zwar momentan so sein, das sehen wir aber in Zukunft nicht. Die momentane Belastung wird im Prinzip auf die bisherigen Mitarbeiter aufgeteilt. Ich sehe da schon, dass

in einiger Zeit doch die Belastung zu groß wird und dann mit einem Mehrbedarf an Personal an uns herangetreten wird, um dieses doch so wichtige Gremium weiter zu stützen.

Dass es rein fachlich gesehen schon andere Gremien gibt, die ungefähr in der gleichen Art und Weise diese Thematik abdecken, lässt zudem den Schluss zu, dass wir hier Doppelstrukturen schaffen, die für eine städtische Infrastruktur gänzlich unerforderlich sind. Wir haben mit dem Fachbeirat der KEK schon ein Gremium, das zwar im operativen Bereich sehr gut arbeitet, aber das ist genau der Punkt, wo wir uns als Kommune auch weiterhin verstärkt engagieren müssen. Der strategische Bereich wird nicht unsere Achillesferse sein. Unsere Achillesferse wird sein, mit den Mitteln, die wir in Zukunft zur Verfügung stellen - das werden mit Blick auf die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht unbedingt mehr werden -, den operativen Bereich so zu stärken, dass wir möglichst viele Maßnahmen umsetzen. Zudem ist es für uns auch etwas verwunderlich, dass gerade ein neues Gremium geschaffen werden soll, das zuweilen nichtöffentlich tagt, obwohl es doch momentan en vogue ist, gerade von der grün-roten Landesregierung, auch kommunale Gremien meistens offener und transparenter zu gestalten. Das soll hier mit aller Gewalt verhindert werden. Das ist etwas, was wir als CDU-Fraktion nicht mittragen können. Deswegen werden wir auch gegen die Vorlage stimmen.

Stadtrat Dr. Fehler (SPD): Im Gegensatz zum Kollegen Döring sehe ich da kein Monster auf uns zukommen. Es ist alles in allem sehr überschaubar.

(Zuruf)

- Ein überschaubares Monster. So könnte man es nennen. Man könnte es, wenn man böse will, zahnlöser Tiger nennen. Das ist es eben nicht, sondern es hat genau seine Aufgabe. Es ist auch eine strategische Stärkung in diesem Bereich notwendig, Sie haben es angesprochen, Herr Döring, und auch dringend erforderlich. Bei zwei Sitzungen im Jahr ist es auch in CDU-regierten Städten und Kommunen anscheinend en vogue, ein solches Gremium einzuführen. Damit verlassen Sie ja ein Stück weit ihre eigene Linie. Die SPD-Fraktion trägt diesen Antrag vollumfänglich mit.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Ich finde, man kann an dieser Stelle gar nicht oft genug betonen, wie wichtig sinnvolle Maßnahmen gegen den Klimawandel sind. Der Klimawandel ist eine große Gefahr nicht nur für die Umwelt, auch für die Wirtschaft und für die Gerechtigkeit sowohl international als auch intergenerational. Mit der Einführung eines Klimaschutzbeirates schaffen wir es endlich, auch einen weiteren Punkt aus dem Klimaschutzkonzept von Karlsruhe aus dem Jahr 2009 umzusetzen. Übrigens haben dieses Klimaschutzkonzept damals alle Fraktionen und Gruppen im Gemeinderat einstimmig beschlossen. Es nervt schon ab und an, dass bei jeder einzelnen Maßnahme dann doch wieder die kritischen Rufe kommen, dass wir uns das doch noch mal alles überlegen sollten. Gerade bei dieser Maßnahme ist es mir wirklich überhaupt nicht verständlich. Es ist eine so kosten- und aufwandsgeringe Maßnahme mit so viel Mehrwert. Es gab ausschließlich nur positive Berichte und Erfahrungen aus anderen Kommunen, wie in der Vorlage aufgelistet wurde. Wir sollten doch die Kompetenz, die wir in Karlsruhe in so vielen Bereichen, von Wissenschaft bis Gewerbe, haben, endlich mal nutzen, um dafür auch für Karlsruhe Kapital herauszuschlagen. Effizienz und Einsparung lohnen

sich, und zwar auch strategisch. Deswegen befürworten wir dieses Gremium vollumfänglich und freuen uns, auch in die Arbeit einzubringen wo immer es möglich ist.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch wir werden uns heute für die Einrichtung dieses Klimaschutzbeirates aussprechen. Ich möchte nur kurz auf einen Punkt eingehen. In der Verwaltungsvorlage wird empfohlen, die Sitzung nichtöffentlich zu machen. Ich habe darüber noch einmal nachgedacht. Wenn man sich jetzt anschaut, was mit diesem Beirat erreicht werden soll, er soll sich mit strategisch-konzeptionellen Überlegungen auseinandersetzen, da gibt es in der Regel nichts, was irgendwie Datenschutz von Einzelpersonen und Geschäftsgeheimnisse von Vertragspartnern der Stadt betrifft. Wir wollen aber die externen Akteure als Multiplikatoren haben. Wir wollen Partizipation ermöglichen. Von daher würde ich vorschlagen, dass der Punkt Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit heute noch offen gehalten wird und der zusammengesetzte Beirat beschließt, wie er das handhaben will. Die angeführten Argumente der Verwaltung greifen aus meiner Sicht auch nicht, weil die Mehrheitsverhältnisse von den betrachteten Kommunen, die politische Vertreter drin haben, haben auch zur Hälfte dann die Öffentlichkeit als Regel und nicht die Nichtöffentlichkeit. Wenn es dann tatsächlich Bedarf für nichtöffentliche Sitzungen gibt, kann man das auch machen. Es ist eine fachliche Auseinandersetzung, die auch die Öffentlichkeit interessiert. Natürlich wollen wir dieses Thema auch in die Öffentlichkeit tragen mit diesem Beirat. Von daher wollte ich hier nur noch einmal für die Öffentlichkeit plädieren.

Stadtrat Bernhard (AfD): Zunächst eine Anmerkung an Sie, Frau Kollegin Mayer. Es handelt sich nicht um eine Maßnahme für den Klimaschutz, sondern es handelt sich um die Einrichtung eines Gremiums. Das muss man ganz klar sagen. Es ist keine konkrete Klimaschutzmaßnahme, sonst könnten wir wahrscheinlich zustimmen. Es ist die Einrichtung eines Gremiums. Was dabei herauskommt, muss man dann sehen. Aber die Einrichtung eines Gremiums schützt noch lange nicht das Klima.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass wir nicht immer weiter neue Gremien einrichten können, schon gar nicht zum jetzigen Zeitpunkt, wo wir gerade über die strukturelle Neuausrichtung der Stadtverwaltung sprechen und wissen, dass wir in den nächsten Jahren über 400 Millionen Euro einsparen werden müssen. Es ist einfach so, jedes Gremium, das neu oder zusätzlich geschaffen wird, kostet Geld, kostet Personal. Das ist nicht umsonst zu haben. Wir werden uns in den nächsten Jahren noch vielen Diskussionen stellen müssen, wo wir bitterlich einsparen müssen. Wir sind jetzt die letzten fünf Jahre ohne dieses Gremium ausgekommen, wir werden auch noch die nächsten fünf Jahre auskommen. Wenn dann wirklich noch Geld da ist im Jahr 2021 oder 2020, das wäre in fünf Jahren, dann können wir gerne noch einmal darüber reden. Im Moment kommt es wirklich zur Unzeit. Deswegen werden wir hier heute den Vorschlag ablehnen.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Noch einmal ganz kurz dazu. Das Wort Idealismus ist heute so oft gefallen von dieser Seite. Ich muss sagen, den vermisse ich bei Ihnen wirklich gerade sehr. Ich vermisse auch den wirtschaftlichen Willen und die wirtschaftliche Kalkulation dahinter. Es wird immer nur gesagt, es lohnt sich nicht, wir geben dafür ja Geld aus. So funktioniert aber die Wirtschaft. Wo keine Investition ist, wird nie etwas zurückkommen. Mal ganz ehrlich, wenn es keine Maßnahme für den Klimaschutz ist,

dann finden Sie eine andere Begriffserklärung. Es ist mir herzlich egal, aber es ist jedenfalls sinnvoll.

Was wir noch kurz sagen wollen, auch zur KULT-Fraktion und der Nichtöffentlichkeit. Darüber können wir auf jeden Fall noch einmal sprechen. Wir sind da auch sehr offen, das Gremium dann einfach selbst entscheiden zu lassen, natürlich im Sinne einer effektiven Arbeitsweise.

Bürgermeister Stapf: Es ist ganz gut, dass man die Diskussion aus dem Umweltausschuss dann auch in die Öffentlichkeit trägt. Was mich schon wirklich wundert, das haben wir Ihnen in der Vorlage dargestellt, dass dieses Gremium, das es schon einmal gab, sehr effizient unser jetziges Klimaschutzkonzept, das für viele Kommunen als Vorbild dient, grundlegend erstellt hat, das wieder aufleben lassen möchte. Es ist eine Initiative aus dem Ehrenamt. Das möchten die ehrenamtlichen Klimaschützer. Die haben es an uns herangetragen. Es wird von der KEA, der Landesagentur, dringend empfohlen und auch das KIT hat sich sehr positiv dazu geäußert und möchte wohl seine Kompetenzen einbringen. Ich kann mir jetzt wirklich nicht vorstellen, was es schaden soll, wenn man externe Kompetenzen in die Stadt einspeist. Natürlich ist es keine Maßnahme, die direkt eine CO₂-Einsparung generieren wird, aber die Fachkenntnis, die in dieses Gremium fließen soll, wird natürlich Ideen gebären, die letztendlich dazu führen, den Klimaschutz voranzubringen. Das ist natürlich Sinn des Ganzen. Ich weiß jetzt nicht, was ich Ihnen noch erzählen soll, dass es nichts kostet. Es ist letztendlich ein Fachbeirat, es ist kein politisches Gremium, auch wenn Sie es sich vielleicht wünschen. Der Fachbeirat wird ehrenamtlich besetzt, es werden keine Sitzungsgelder bezahlt. Vielleicht kann man eine Kaffeekasse aufstellen, um auch noch diese Bedenken auszuräumen, dass man städtischen Kaffee ausschenkt. Ich kann das Monster, das Sie hier beschreiben, nicht erkennen. Jetzt tragen wir alle unsere Dämonen in uns, und ich kann Ihnen Ihren nicht suchen helfen.

Unser Ansatz war - das kann man im Fachgremium diskutieren lassen -, ein Fachgremium ohne öffentliche Beobachtung auch brainstormen zu lassen, um vielleicht dann mal Ideen zu generieren, die eben nicht gleich für die Öffentlichkeit gedacht sind, nicht weil sie politisch anrühlich wären, sondern weil sie vielleicht fachlich noch nicht ausgereift sind. Das war unser Hintergedanke. Wir sehen tatsächlich keinerlei Kosten, wir sehen einen wichtigen Beitrag zur Fortentwicklung der Klimaschutzkompetenz der Stadt Karlsruhe und bitten Sie um Zustimmung.

Der Vorsitzende: Es gab jetzt zweimal den Wunsch nach Öffentlichkeit, einmal von denen, die es sowieso ablehnen und einmal von Ihnen, Herr Wohlfeil. Insofern würde ich Sie aber auch bitten, dass wir das jetzt nicht als Änderungsantrag hier zum Thema machen, sondern dass Sie es dann im Fachbeirat selber diskutieren. Wenn der selber sagt, er möchte das machen, ist es kein Problem. Im Moment würde ich Ihnen erst mal das andere empfehlen.

Damit können wir zur Abstimmung kommen. Ich bitte um das Kartenzeichen. - 16 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen. Der Rest ist Zustimmung, der ist damit mehrheitlich erfolgt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Entschuldigung. Vorhin hatten wir 17. Wieso sind es jetzt 16?

Der Vorsitzende: Es sind 13 von der CDU plus 3, das sind 16.

Ich unterbreche die Sitzung. Wir sehen uns um 19 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:33 - 19:05 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. Dezember 2015